

NRW > Städte > Rheinberg > Kreis Wesel: Meldestelle für Schäden durch Salzbergbau kommt >

RP+ Kreis Wesel schaltet Portal am 1. März scharf

Die Meldestelle für vermutete Schäden durch Salzbergbau kommt

Kreis Wesel · Der Kreis Wesel will am 1. März sein Onlineportal für Meldungen vermuteter Bergschäden freischalten und anonym in eine Karte einpflegen. Zudem sind bei der Bezirksregierung Arnsberg 2000 Einwendungen zur beantragten Verlängerung der Salzförderung eingegangen.

03.02.2023, 12:38 Uhr · 3 Minuten Lesezeit



In der Tiefe wird zwischen Rheinberg und Xanten Salz abgebaut. Das kann langfristig auch 800 Meter höher sichtbare Folgen haben.

Foto: Armin Fischer (arfi)



Von Bernfried Paus

Der Kreis Wesel wird in Kürze die Erfassungsstelle für vermeintlich durch Salzbergbau hervorgerufene Schäden in Betrieb nehmen. Das hat die Kreisverwaltung am Donnerstag in ihrem Sachstandsbericht dem Planungsausschuss mitgeteilt. Dafür hatte die Bürgerinitiative Salzbergbaugeschädigter lange gestritten. Ihr Vorsitzender Torsten Schäfer vernahm es mit stiller Freude. Er saß wie auch Stefan Weber, Leiter des Bergwerks in Borth, im Zuschauerraum. Auf die Nachricht hatten Hausbesitzer im Salzrevier lange gewartet. Werkleiter Weber hatte bereits vor Monaten die Einrichtung einer solchen Meldestelle begrüßt.

Die Vorbereitungen für die Erfassung von Schäden sei im Kreishaus nahezu abgeschlossen, hieß es. Vom 1. März an, so der Plan, könnten Hausbesitzer online dem Kreis Gebäudeschäden melden, bei denen sie die Vermutung haben, dass diese auf den Salzbergbau in rund 800 Meter Tiefe zurückzuführen seien.

Info

Der Plan: Unter der Erde bis nach Xanten

Perspektive K+S fördere im Steinsalzbergwerk Borth, um die Versorgungssicherheit mit dem wichtigen Rohstoff zu gewährleisten, betont das Unternehmen. Um die Vorräte vollständig zu erschließen, sei der neue Rahmenbetriebsplan beantragt worden, der die Förderung bis etwa zum Jahr 2050 sicherstellen soll.

Ablehnung Die Stadt Xanten lehnt die geplante Erweiterung des Salzabbaus in der Region ab.

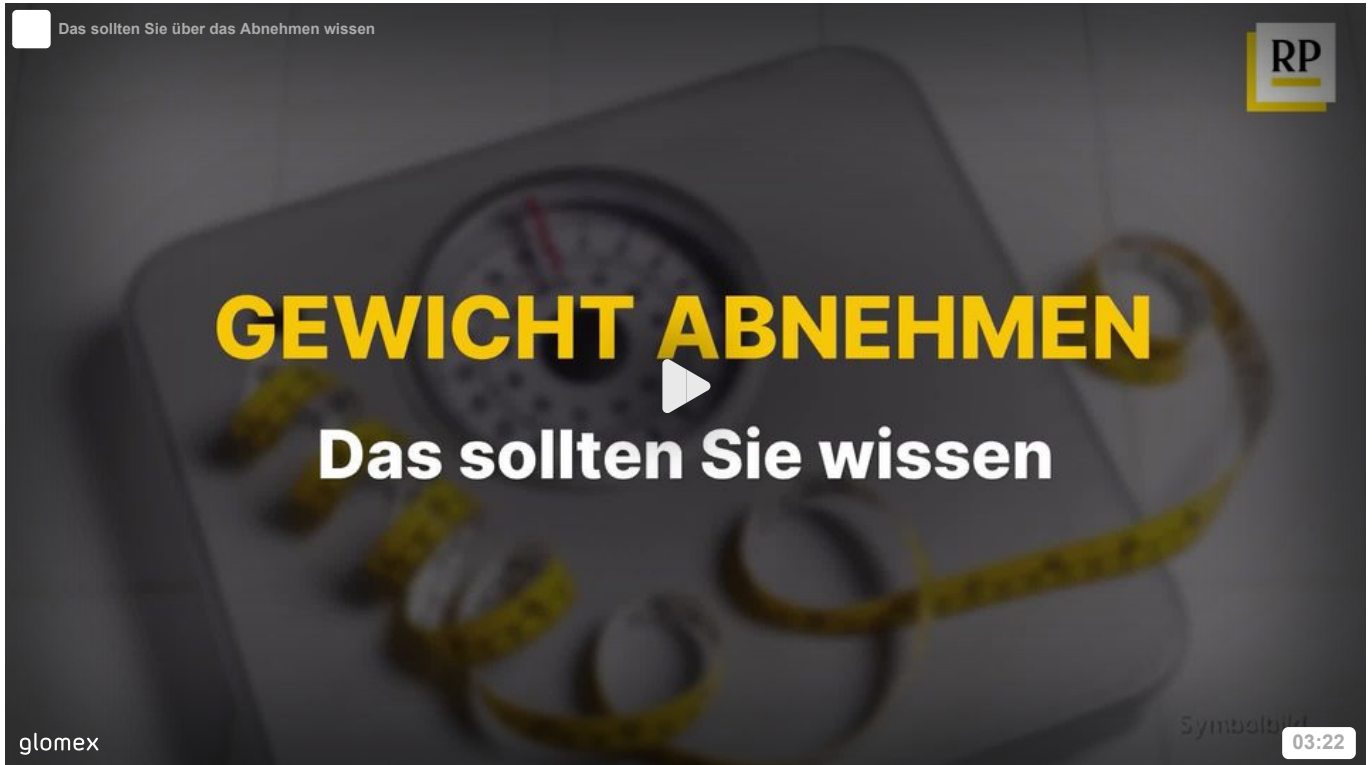
Helmut Czichy, Chef-Techniker im Weseler Kreishaus, wies mehrfach darauf hin, dass der Kreis die Meldungen nicht an Bergwerksbetreiber K+S weitergebe. „Wir wollen rechtlich nicht in die Lage kommen, möglicherweise Verjährungsfristen für mögliche Schadensregulierungen auszulösen und dann dafür verantwortlich gemacht zu werden“, so Czichy. Den Gebäudeschaden, von dem man vermute, dass er vom Salzbergbau herrührt, müsse schon jeder selbst dem Unternehmen mitteilen, um seine Ansprüche anzumelden. „Wir als Kreis haben nicht die Kompetenz, die Schäden zu bewerten“, so Czichy.

Datenschutz ist ein wesentliches Thema bei der Erfassung der Meldungen. Der Kreis überträgt diese in eine „generalisierte Karte“, wo zwar die Gemarkung, nicht aber das exakte Flurstück identifizierbar sei. Die exakte Darstellung in der Grafik sei noch offen. Die Kreisverwaltung will den Fachausschüssen regelmäßig Bericht erstatten und zeigen, wo sich die gemeldeten Schadensereignisse befinden.

BI-Sprecher Schäfer nannte die Erfassungsstelle „einen ersten wichtigen Schritt, der die Tür öffnet“, um auch der Forderung nach einer

Schiedsstelle zur unabhängigen Schadenregulierung näher zu kommen. Die lehnt der K+S als Bergbauunternehmen bislang als „unnötig“ ab. Wie Czichy mitteilte, liefen dazu intensive Gespräche im NRW-Wirtschaftsministerium. „Wasserstandsmeldungen im laufenden Prozess“ wolle er aber nicht abgeben.

Das könnte Sie auch interessieren



Auf höchster politischer Ebene seien Bemühungen angesiedelt, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, die sogenannten „Ewigkeitslasten“ im Sinne der Grundstückseigentümer zu ändern, sodass die Verjährungsfrist für eventuelle Bergschäden nicht schon nach 30 Jahren abläuft. Da sehe der Kreis noch wenig konkrete Bewegung.

Im laufenden Planfeststellungsverfahren zur Fortführung des Salzbergbaus von Rheinberg über Menzelen bis nach Xanten in den kommenden 30 Jahren, so der Techniker im Kreisvorstand, seien neben der Stellungnahme aus dem Kreishaus rund 2000 Einwendungen bei der Bezirksregierung Arnsberg eingegangen. Die würden nun geordnet. Czichy hofft, dass „Mitte des Jahres“ die formelle Erörterung der Pläne erfolgen könne. Dazu gehöre auch die Frage des Hochwasserschutzes, der auf den Abbau unter Tage abgestellt werden muss. Überlegungen dazu wie zur Einrichtung eines Runden Tisches, so der Kreis, seien noch nicht abgeschlossen.

Arnsberg wolle die in der Pandemie geschaffene, rechtlich weiter mögliche digitale Form wählen. Der Kreis favorisiere aber die Erörterung der Eingaben „in alter Qualität“, sprich von Angesicht zu Angesicht in einem Saal. Helmut Czichy betonte, dass der Kreis „den Gesprächsfaden sowohl zur Bürgerinitiative wie zum Bergwerk in Borth nicht abreißen lassen“ werde. Auch mit dem betroffenen Kommunen Rheinberg, Alpen und

Xanten sei der Kreis Wesel „im ständigen Austausch“. Das Schlusswort hatte Ausschussvorsitzender Udo Bovenkerk (CDU): „Alles läuft sehr schleppend. Aber wir sind einen Schritt weiter.“

(bp)

Noch keine Kommentare